

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:
Einzelnummer 25 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk.,
vierteljährlich 7,50 Mk. (incl. Post).

Postkontonr. Nr. 23886
Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite beträgt 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 Zeilen. Die Spaltenbreite beträgt 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 Zeilen. Die Spaltenbreite beträgt 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 Zeilen.

Die Entente plant neue Aktionen gegen Sowjet-Russland.

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die Pariser Beratungen zwischen Churchill und dem französischen Kriegsminister führten zu wichtigen Beschlüssen bezüglich einer gemeinsamen Aktion im mittleren Osten.

Meldung: Die Gegenoffensive der Russen hat in den letzten Tagen zwischen Grodno und Slony eingesetzt und wird mit jedem Tage kräftiger.

Die russische Friedensdelegation in Riga hat die polnische Friedensdelegation vor die Entscheidung gestellt, sich binnen zehn Tagen zu entscheiden, ob sie aufrichtig den Frieden will oder nicht. — Trotzki sagte über die Friedensbereitschaft des weißen Polens: „Während Pilsudski eine Friedensabordnung nach Riga entsendet, erklärt er gleichzeitig, daß man nicht für einen Frieden, sondern für eine vollständige Niederlage der Roten gegenwärtig arbeiten müsse. Das bedeutet, daß das Herumreden vom Frieden nur zur Beruhigung der polnischen Arbeiter und Soldaten von der polnischen Regierung inszeniert wird. Pilsudski vertritt zweifellos die öffentliche Meinung der herrschenden Kreise Polens.“

In politischen Kreisen Finnlands wächst neuerdings die Parochialität gegenüber dem Abschluß des Friedensvertrages mit Sowjet-Russland. Diese Wendung ist durch den Mißerfolg an der Bolschewikfront hervorgerufen. Der Abschluß des Vertrages wird vom finnischen Standpunkt für zwecklos erklärt. Man spricht von der Möglichkeit einer abermaligen Unterbrechung der Verhandlungen.

Ein Aufruf der kommunistischen Partei Polens.

Während sämtliche räumlichen Mächte des Kapitalismus sich vereinigen, um das Arbeiterregiment zu erwürgen, halten wir politischen Kommunisten es für notwendig, dem Proletariat aller Länder vernehmlich zu erklären, daß die polnischen Arbeiter nicht gemein mit dem Ueberfall des polnischen Militarismus auf Sowjetrußland haben, daß sie diesen Krieg auf schärfste verurteilen, daß sie die Roten Soldaten nicht als Eroberer, sondern als Verbündete betrachten. Das polnische Proletariat kämpft gegen den Krieg. Lüge ist es, daß der polnische Arbeiter Hand in Hand mit seiner „Vollregierung“ kämpfe und die Bolschewiken hasse.

Proletariat Europas und Amerikas! Noch lauter gegen jede Einmischung einer Regierung in russische Angelegenheiten! Ihr protestiert, gegen jede Hilfe mit Geld und Munition für die polnische Gegenrevolution! Boykottiert jede Unternehmung der polnischen Regierung, laßt keinen einzigen Munitionstransport durch! Die polnischen Arbeiter sind bereit, ihr Blut für Sowjetrußland zu vergießen.

Arbeiter des Westens! Verantwortet die Schlichtung der Unterdrückung der imperialistischen Weltmächte, denn dann ist ihre Niederlage gesichert! Arbeiter des Westens! Kämpft mit uns gegen den blutigen polnischen Militarismus, unterstützt Sowjetrußland. Möge jede Guezer-Handlung, jeder Gehalt der Verteidigung der Arbeiter- und Bauernrepublik vor der Weltverschönerung der Gegenrevolution gewidmet sein!

Die christlichen Horthy-Banditen.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht Geheimakten der ungarischen Gesandtschaft über die Verbindung der Wiener Christlich-Sozialen mit den Horthys, die zugleich einen Beweis liefern von einer auch die ganze Tschekoslowakei unterminierenden Propaganda der Horthys. Christlich-soziale Flugblätter werden in Ungarn geschrieben und von der ungarischen Gesandtschaft in Wien gedruckt

und vertrieben. 2 Millionen Kronen sind für diesen Zweck von der ungarischen Gesandtschaft angewiesen worden. Es wird weiter der Nachweis erbracht, daß verschiedene Blätter von monarchistischen Offizieren gekauft sind. Die „Arbeiterzeitung“ verlangt die Ausweisung der ungarischen Gesandtschaft und Strafverfolgung gegen die, die sich für ungarisches Geld zu verräterischen Plänen gegen die österreichische Republik kaufen ließen.

Zuverlässige Nachrichten aus Budapest bestätigen die offiziell dementierten Meldungen, wonach fieberhaft an einer Vermehrung und Ausgestaltung der ungarischen Armee gearbeitet wird. Namentlich die Artillerie hat in letzter Zeit eine namhafte Vermehrung erfahren. Es werden neue Artillerieregimenter, ferner technische Abteilungen, Panzerwaffenkompanien und Gasstruppen angesetzt. Dies alles vollzieht sich unter den Augen der Ententemissionen, die nichts dagegen tun. In Wien wird noch immer für wahrscheinlich gehalten, daß sich Nagara bereit halten will, um im Falle eines Sieges der Christlich-Sozialen dem neuen Regime einen entsprechenden Schutz gewähren zu können. Von mehreren Seiten wird auch behauptet, daß die Reaktionspläne in Bayern mit den ungarischen Vorbereitungen in Fühlung stehen.

Gemütlige Methoden in England.

Die Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten hat beschlossen, dem Erzbischof Lord Georges stattzugeben und die Streikentzündung um eine Woche aufzuschieben.

Das Sozialistenblatt „Daily Herald“ meldet: Die Zeitung der extremistischen Arbeiterpartei Großbritanniens hat die Parole zur Besetzung der Fabriken und Staatsbetriebe und zur Kontrolle der Eisenbahnen durch Arbeiter-Betriebsräte ausgegeben.

Frankreich.

George Leygues ist zum Ministerpräsidenten und zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten ernannt worden. Die übrigen Minister des Kabinetts Millerand bleiben im Amt. — Cachin schreibt in der „Humanité“: Millerand ist der Mann des Vatikans, der katholischen Kirche und der europäischen Kontroversen geworden. Die Ruhe und die Moral der Verleugnung seiner selbst, sowie der Erfolg, der ihn belohnt, steigert noch unsern Haß gegen das verächtliche Regime.

Das alte Rezept.

Die Brüsseler Finanzkonferenz ist eröffnet worden. Man unterhält sich darüber, durch welche Mittel die Finanzmiserere der kapitalistischen Staaten abgeschwächt werden kann. Dabei machte der Franzose Guide die zwar nicht neue, aber bezeichnende Feststellung, daß über alle Finanztechnik hinaus ausschlaggebend sei, „die Wiederherstellung der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterklasse“. Der Arbeiterschaft müsse das entsprechende Gefühl beigebracht werden.

Die ernste Finanzlage der Schweiz.

Der Bericht über die Finanzlage der Schweiz, den Bundesrat Neuf dem Nationalrat vorgelegt hat, bezeichnet die finanziellen Verhältnisse des Bundes zwar als ernst, aber nicht als verzweifelt. Nachdem der Bund 1913 bereits einen Fehlbetrag, aber noch ein Aktivvermögen von 100 Mill. aufzuweisen hatte, betrug 1919 der Fehlbetrag über die produktiven Aktiven 900 Mill., so daß der Krieg die Finanzen der Schweiz um eine Milliarde verschlechtert habe.

Demokratie.

Drei von den fünf Sozialisten, die aus der gesetzgebenden Körperschaft des Staates New-York zu Beginn dieses Jahres ausgeschlossen und wieder hincingewählt worden waren, sind von neuem ausgeschlossen worden. Den anderen beiden, denen gestattet wurde, ihre Mandate beizubehalten, sind sofort zurückgetreten.

Das Dragesch-Fest.

In München fand am Sonntag die Begrüßungsfeier der Delegierten der bayerischen Dragesch-Banditen (ca. 50 000 „Wehrleute“) statt. Es redeten die Dragesch-Häuptlinge Ministerpräsident von Kahr und der berüchtigte Forstrat Escherich. Sie feierten, wie es sich gehört, die Dragesch in allen Tonarten. Die bisherigen Geldentaten der bayerischen Einwohnerwehren (das Münchener Blutbad und die anderen Proletarier-Massaker) werden ein Ruhmesblatt in der Geschichte aller Zeiten bleiben. Der Escherich schloß, wie die Presse meldet, seine Rede mit folgenden Frechheiten: — So wie es jetzt ist im deutschen Vaterlande, muß es auch bleiben. Die Zeiten der Schande, der Schmach dürfen nicht mehr wiederkommen. Die Einwohnerwehren sind da. Der Einwohnerwehrgedanke lebt. — So sieht also die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren aus. Und Frankreich hat gar nichts dagegen. Aber auch die Götterdämmerung der Kahr, Escherich und der Dragesch wird kommen.

Immer wieder Arbeiterentlassungen.

Wie die Lage der Arbeiter immer trostloser wird und wie sich der Kapitalismus völlig unfähig erweist, seine Lohnsklaven noch zu beschäftigen, zeigt wieder einmal die folgende Nachricht der „Berliner Morgen-Blatt“ vom 22. September:

Nachdem bereits in den letzten Monaten große Arbeiterentlassungen in der sächsischen Industrie vorgenommen worden sind, stehen zu Oktober in Chemnitz neue Massenentlassungen bevor. Die Lage der Chemnitzer Industrie fast aller Zweige hat sich in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert. Neue Aufträge sind so gut wie gar nicht eingegangen. Es ist schon in den meisten Betrieben mit verkürzten Tageschichten gearbeitet worden. Nunmehr sieht man sich, da die wirtschaftliche Depression noch immer nicht anhört, zu neuen Betriebs Einschränkungen und neuen Arbeiterentlassungen genötigt, wenn nicht, wie man noch immer hofft, in letzter Stunde durch die Verschlechterung der Salts neue Aufträge aus dem Ausland eingehen.

S. P. D. und Stinnespartei.

Meldung: Der frühere Reichszentraler Hermann Müller äußerte in einer Rede u. a.: Wenn die Deutsche Volkspartei mit den pazifistischen Anschauungen einverstanden sei und sie in ihrer äußeren Politik vertreten könne, würde die Sozialdemokratie mitregieren. Für die innerpolitische machte Müller den Eintritt in die Regierung von der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Sozialisierung der dazu reifen Betriebe abhängig.

Die Stinnespartei und Pazifismus, die Stinnespartei und Sozialisierung; das kann nur glauben, wer diesen Glauben heuchelt, wer die Heuchelei zum Prinzip erhoben hat: die S. P. D., die nämlich gar zu gern wieder in die Reichsregierung eintreten möchte.

Die Sozialisierung — eine Wackfrage.*

Von Wilhelm Koenen.

Sozialisierung heißt die Produktion und die Güterverteilung den privaten Kapitalisten entreißen, heißt alle Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz der menschlichen Gesellschaft überführen und so der Ausbeutung des arbeitenden Menschen durch den besitzenden ein Ende machen. Sozialisierung bedeutet, den bestimmenden Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Verteilung den arbeitenden und konsumierenden Menschen sicherzustellen durch diesen Einfluß die planmäßige Bedarfswirtschaft unter zentraler Leitung herbeiführen.

Sozialisierung ist also durchaus ein Unternehmen von längerer Dauer, das eine ganze Reihe gesellschaftlicher und waltender Handlungen in sich birgt. Die Streitfrage wird immer nur sein, durch wen und wie diese aktiven Handlungen durchgeführt werden sollen.

Können Sozialisierungsmaßnahmen überhaupt durch einen demokratischen Staat, durch ein Parlament, durch Stadtver-

waltungen, durch arbeitsgemeinschaftliche Syndikate, von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, durch Genossenschaften oder schließlich durch Gemeinwirtschaftskörper durchgeführt werden? Nein, denn sie alle bewegen sich auf dem Rechts- und Machtboden des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der seine ganze Kraft um seiner selbst willen darauf verwenden muß, die Profitwirtschaft des Kapitals zu stützen, wenn er nicht seine eigenen Grundlagen und Stützen zerbrechen will. Seinen kapitalistischen Tendenzen müssen sich alle die genannten Institutionen einer vermeintlichen Sozialisierung unterwerfen. Sie können selbst in dem demokratischen Staat nicht heraus aus dem Kreislauf des Kapitals, dem sie tributpflichtig bleiben, sei es durch Bankkredite oder Warenlieferungen, sei es durch Steuern und Abgaben oder Ablieferung der Ueberschüsse an die Staatskasse, sei es, daß die angeblichen Sozialisierungsinstitutionen dem bürgerlichen Sozialen Schwierigkeiten und Lasten abnehmen und so seine Existenz sichern und festigen. Ein sogenannter Sozialisierungs-

meinweisens stets nur eine Täuschung des Proletariats mit direkt reaktionärer Wirkung.

Die wirkliche Sozialisierung setzt die Existenz eines Gemeinwezens voraus, in dem es keinerlei kapitalistische Profite mehr gibt, also den proletarischen Staat oder die klassenlose Gesellschaft. Das ergibt auch die Einzelbetrachtung des Sozialisierungsproblems auf Schritt und Tritt.

Will man die Ausbeutungsfaktoren, die Produktionsmittel in gesellschaftlichen Allgemeinbesitz überführen, so bedarf es voraus dazu der Schaffung eines sozialistischen Gemeinwezens. Soll den Kapitalisten die Produktion und Verteilung entwendet werden, so ist zu fragen, für wen soll das geschehen? Für den jetzigen Staat, das echt kapitalistische Gemeinwesen? Natürlich nicht, denn die Enteignung hat gegenüber dem Kapitalisten nur einen Sinn, wenn sie für den proletarischen Staat vollzogen wird. Andersfalls bleibt ja alles spazieren in der Familie. Innerhalb dieser Familie des Kapitals gar noch gegen bare Entschädigung enteignet zu werden, ist gleich ein doppeltes Komödientpiel, das sich zur Proteste steigert,

*Aus Heft 1 de: „Kommunistische Annahmen“, herausgegeben von W. Koenen und G. G. G. G., Verlag H. Hoffmann, Berlin O 24.

wenn man dem Proletariat glauben machen will, daß durch die Steuern der einen Kapitalistengruppe die Enteignungssumme für die andere aufgebracht werden solle. Diese Mandate haben nur insoweit mit Sozialisierung etwas zu tun, als sie dieses Wort schamlos mißbrauchen. Für den Sozialismus enteignen kann nur der proletarische Staat, der damit die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Befehlenden endgültig beseitigt.

Wie und durch wen wird für die Sozialisierung den arbeitenden und konsumierenden Menschen der bestimmende Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Güterverteilung gesichert? Die schönste Demokratie und das republikanischste Parlament kann diesen bestimmenden Einfluß der Hauptbeteiligten nicht herbeiführen, denn wenn der Kapitalist nicht mehr allein und unumschränkt bestimmen kann, so wird er nicht nur die Produktion zerrütten, laborieren und ruinieren, sondern sofort den erbittertesten Kampf aufnehmen, um sein Profitrecht auch gegen die edle Demokratie und die schöne Republik durchzusetzen und sei es selbst auf die Gefahr, dabei der schwärzesten Reaktion zu verfallen. Denn Eingriffe in die kapitalistische Produktionsregelung und Kalkulation sind Angriffe auf den Profit, den einzigen Regulator, den die kapitalistische Wirtschaft überhaupt kennt. Der kapitalistische Profit wird der allein herrschende und alles bestimmende Einfluß sein und bleiben, solange es trotz sozialistischer Forderungen eine bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihren demokratischen Staat gibt. Es ist schon Rebellion, auch nur eine Kontrolle der Produktion zu fordern.

Bestimmenden Einfluß werden die befristeten, arbeitenden und konsumierenden Menschen erst ausüben können, wenn sie sich den proletarischen Staat erobern und gesichert haben.

Und die planmäßige Bedarfswirtschaft? Gibt es vor der sozialen Revolution überhaupt eine entfernte Möglichkeit für ihre Ababnung? Im Gegenteil! Nicht genug, daß der schwächere Versuch, eine Planwirtschaft mit Kapitalisten zu organisieren, scheitern mußte, jetzt wird mit aller Macht noch jeder Rest einer kümmerlichen Bedarfsbefriedigung, wie sie der Krieg uns bescherte, vollends zerschlagen. Der Bedarf des Volkes darf nicht gedeckt sein, seine Befriedigung muß unregelmäßig sein, dann blüht der Preiswucher, dann steigt der Profit! Erst wenn ökonomisch vollste Anarchie und nackte Proletarwirtschaft herrscht, hat der heutige bürgerliche Staat als kapitalistischer Sachwalter seinen Zweck erfüllt. Planmäßige Bedarfswirtschaft heißt Kampf gegen die bürgerliche Demokratie, die staatliche Beschöpfung der Wirtschaftsanarchie.

So ist also nicht eine einzige Seite des Sozialisierungsproblems irgendwie praktisch in Angriff zu nehmen ohne die vorherige Eroberung der politischen Macht, ohne die Aufrichtung des proletarischen Staates, der proletarischen Diktatur. Aber in Deutschland wird, wie in einigen anderen hochindustriellen Ländern, das propagandistische und aktive Ringen um die Sozialisierung den Machtkampf als solchen bedeuten. Während in weniger industriell entwickelten Ländern, wie etwa Rußland und Italien, die proletarische Macht an sich erstrebt werden kann, um durch politische Mittel noch erst einige Vorfragen kultureller und sozialer Art rascher im Sinne der Arbeiterklasse zu lösen, werden die großindustriellen Länder durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur mitten im Kampf sofort das Zentralproblem der Sozialisierung bewältigen müssen. Ihre Wirtschaft ist sowohl kapitalistisch wie organisatorisch und technisch bereits überreif für den Sozialismus, und so werden wir mit der Eroberung der politischen Macht unmittelbar die Herrschaft über die Produktionsmittel und deren Verwaltung übernehmen müssen. Dann erst beginnt der wirkliche Kampf um die Sozialisierung, wobei dem sich mit allen Mitteln der kapitalistischen Gewalten verweigert wehrenden Gegner auch jeder ökonomische Einfluß restlos entzogen werden muß. Irgendwelche Konzessionen, wie Entschädigung oder Teilsozialisierung, kann es dann nicht mehr geben. Jeder Rest ökonomischer Macht, der den Kapitalisten gelassen würde, würde von ihnen infam und selbstwütend dazu benutzt werden, unsere Sozialisierungsmassnahmen zu durchkreuzen, zu schwächen oder zu kompromittieren. Jeder kapitalistische Rest muß durch den entscheidenden Machtkampf des Proletariats unverzüglich aufgehoben werden, um dann auf allen Wirtschaftsebenen, je nach dem technischen und ökonomischen Entwicklungsstand, mit den verschiedenartigsten Maßnahmen im Sinne der Sozialisierung vorzugehen, damit alles, sobald als möglich auf den Stand der völligen Sozialisierung gebracht wird. Das erst wird dann die Zeit des Übergangs sein, in der wir mit den politischen Machtmitteln des proletarischen Staates die Bourgeoisie wiederholen müssen, um durch unsere ökonomischen und sozialistischen Maßnahmen die Klassengegenseite zu überwinden und zur klassenlosen kommunistischen Gemeinschaft zu kommen.

Sie sehen also, daß die Sozialisierung ein Mittel praktischer Propaganda für den Entschloßenheitskampf sein. Täglich müssen wir erneut und auf allen Gebieten den Beweis erbringen, daß sie technisch und ökonomisch möglich ist, daß das kapitalistische System, die tolle Propagandawirtschaft überlebt ist, daß nur noch die Machtergreifung des Proletariats notwendig ist, um wirklich und endlich zum Sozialismus zu kommen. Für die praktische Erörterung der sozialistischen Möglichkeiten in den verschiedenen Lebensfragen bieten die Betriebsräte die geeignetste und wirksamste Organisation. Die Lösung des Tageskampfes ist zunächst die Arbeiterkontrolle über die Produktion, deren Desorganisation und Zerfall jeden arbeitenden Menschen durch die tollsten Pläne der Spekulation, des Raubers und des Diebes, den Mangel an Kohlen, den Mangel an Nahrungsmitteln, den Mangel an Arbeitsplätzen und die degenerierende Arbeitslosenmasse täglich so vor Augen tritt, daß die Forderung der regelnden Kontrolle sich gebieterisch aufdrängt. Es gilt jetzt, über die Produktionskontrolle hinaus die Arbeiter selbst zu machen zur Bewältigung größerer ökonomischer Aufgaben, im kühnen Ringen und Kleinkampf die Erfahrungen zur Produktionsleitung im Sozialismus empfinden zu lassen, damit sie zusammen mit den Spezialisten die Pläne der

sozialistischen Wirtschaft entwerfen und durchführen können, wenn der politische Machtkampf für das Proletariat entschieden ist.

Die Bezirksleiter des alten Bergarbeiterverbandes haben zur Sozialisierung des Bergbaues folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hält die Vorarbeiten der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues für eine brauchbare Grundlage, um die Kohlenwirtschaft auf eine gemeinschaftliche Grundlage zu stellen und so Arbeiter und Angestellte unmittelbar an der Steigerung der Kohlenzeugung zu interessieren. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Uebereinkommen ist in den verschiedensten Revieren für längere Zeiträume nur dann möglich und weitere Schritte sind zur Erzielung einer vermehrten Arbeitsleistung nur dann anzustreben, wenn die Beschäftigungsfähigkeit unbeeinträchtigt die Verwirklichung der Sozialisierung des Bergbaues in die Wege leitet.“

Jeder Versuch, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu hintertreiben, würde den schärfsten Widerspruch der Bergarbeiter auslösen.“

Die Verpflichtung zur Sozialisierung wird nicht anerkannt durch eine Resolution von Bezirksleitern, sie wird anerkannt im revolutionären Klassenkampf der breiten proletarischen Massen und nur durch ihn verwirklicht.

In der demokratischen Fraktion des Reichstages wird, wie nicht anders von einer Kapitalvertretung zu erwarten ist, bereits Sturm gelaufen gegen die Vorschläge der Sozialisierungskommission. Die demokratische Fraktion ist in Umarmung zu einer Ferienjüngung zusammengetreten. Mit den demagogischen Vordrehereien wurde in der Fraktionsberatung betont, die Allgemeinheit und die Arbeiterklasse müßte zwar in einem stärkeren Maße wie bisher an den Erträgen beteiligt werden, aber unter Wahrung der Initiative der Unternehmer. Die Sozialisierungskommission hat nicht den Beweis erbracht, daß von ihr durchführbare Vorschläge erwartet werden könnten.

Der Verband sächsischer Kohlenindustrieller hat zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Entschließung angenommen, in der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als eine große Gefahr für die gesamte Industrie und für alle Kohlenverbraucher hingestellt wird. — Natürlich!

Der Bericht über die dritte Internationale.

III. Kommunistische Partei und proletarische Revolution. (Fortsetzung.)

7. Die Kommunisten werden keineswegs nicht parteigemäße Massenorganisationen der Arbeiter, sie scheuen sich unter Umständen selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägten reaktionären Charakter tragen, (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.) an ihnen teilzunehmen und sie auszunutzen. Die kommunistische Partei führt innerhalb dieser Organisationen beständig ihre Arbeit und überzeugt die Arbeiter anerkanntlich, daß die Idee der Parteifügigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Handlangern jähbewußt unter den Arbeitern gefördert wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf für den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische“ Einteilung der Arbeiterbewegung in drei Formen — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — ist offenbar überholt. Die proletarische Revolution in Rußland hat die Grundform der proletarischen Diktatur — die Sowjets — geschaffen. Die Neueinteilung, der wir überall entgegengehen, ist: 1. Partei, 2. Sowjet, 3. Produktionsverband (Gewerkschaften). Aber auch die Arbeiterräte, wie auch die revolutionären Produktionsverbände müssen beständig und systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. von der kommunistischen Partei geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse — die kommunistische Partei — die in gleichem Maße die Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet, wie auch auf dem Gebiet des Bildungswesens leiten muß, sie muß den lebendigen Geist bilden, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterräten, wie auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Die Entstehung der Sowjets als historische Grundform der Diktatur des Proletariats schmälert keineswegs die führende Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn von den „linken“ Kommunisten Deutschlands (siehe ihren Aufruf an das deutsche Proletariat vom 14. April 1920, gedruckt „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“) erklärt wird, „daß auch die Partei sich immer mehr dem Rückwärtigen wandt und proletarischen Charakter annimmt“ (A. N. 3. Nr. 54), so ist das ein verworrenes Ausdruck der Idee, als müsse sich die kommunistische Partei in den Räten auflösen, als könnten die Räte die kommunistische Partei ersetzen. Diese Idee ist grundfalsch und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution haben wir einen ganz ähnlichen Fall, als die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Deshalb war auch in Deutschland zu beobachten. Das Gleiche ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Sowjets ihren geschichtlichen Aufgaben gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer avantgardistischen kommunistischen Partei insofern notwendig, daß sie sich nicht einfach den Sowjets „anpasst“, sondern daß sie in der Lage wäre, diese selbst zu veranlassen, der „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die reaktionäre Sozialdemokratie zu entgehen, daß sie vermittels der kommunistischen Funktionen der Sowjets imstande wäre, die Sowjets ins Erbe zu vererben der kommunistischen Partei zu nehmen.

Der der kommunistischen Partei den Vorschlag macht, sich den Sowjets „anzupassen“, wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters“ der Partei sieht, der erwacht sowohl der Partei wie den Sowjets einen höchst

fraglichen Dienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei, noch die der Sowjets. Die „Sowjetidee“ wird um so eher siegen, je stärker die von uns in einem jeden Lande geschaffene Partei sein wird. Für die „Sowjetidee“ legen jetzt auch diese „Unabhängigen“ und sogar Rechtssozialisten ein Stimmverhältnis ab. Diesen Elementen zu verwehren, die Sowjetidee zu verdrängen, werden wir nur dann können, wenn wir eine starke kommunistische Partei haben werden, die imstande ist, in der Politik der Sowjets ausschlaggebend zu sein, die Sowjets hinter sich zu führen.

9. Die Arbeiterklasse benötigt die kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach dem Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse. Die Geschichte der seit bald drei Jahren an der Macht stehenden kommunistischen Partei Rußlands zeigt, daß die Bedeutung der kommunistischen Partei nach Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sich nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich zugenommen hat.

10. Am Tage der Eroberung der Macht durch das Proletariat bleibt keine Partei dennoch nach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Das ist aber gerade derjenige Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisierte: seit zwei Jahrzehnten, wie in Rußland, seit einer Reihe von Jahren, so auch in Deutschland, führt die kommunistische Partei ihren Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diejenigen „Sozialisten“, die die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats sind; sie nahm in ihre Reihen die standhaftesten, weitsichtigsten und fortgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse auf. Nur auf Vorhandensein einer derartigen geschlossenen Organisation der Elite der Arbeiterklasse ist es möglich, alle diejenigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege in den Weg stellen. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Internationale

Der Bolschewismus in China.

Die Moskauer „Zwestija“ ruft die chinesischen Revolutionäre dazu auf, tatkräftig vorzugehen und in das Bündnis zwischen England und Japan einen Keil zu treiben. Die Japaner wünschen den Vertrag mit England so schnell als möglich zu unterschreiben, weil sie hoffen, Australien kolonisieren und über China verfügen zu können, während England mit den europäischen Angelegenheiten beschäftigt ist. Ferner berichtet ein kürzlich aus China nach Moskau zurückgekehrtes Mitglied der kommunistischen Partei in der Moskauer „Zwestija“ über das Verhältnis der Chinesen zu Sowjet-Rußland. Das moderne China zeuge davon, wie stark der von Sowjet-Rußland auf die bedrängten Völker Asiens ausgeübte Einfluß sei. Die Erfolge der Sowjet-Regierung hätten das lebhafteste Interesse den sozialen Fragen und dem Leben in Rußland zugewandt. Beinahe in allen chinesischen Zeitungen, sagt der Bericht, gebe es besondere Rubriken über Rußland. Einen starken Eindruck habe die Rundgebung der Sowjet-Regierung an das chinesische Volk gemacht, in der Sowjet-Rußland seinen Verzicht auf die Eroberungspolitik der Jarenzeit kundgab.

Der Klassenkampf in Australien.

Nach einer Meldung des „Daily Herald“ aus Sydney wollen die dortigen Metallarbeiter nur eine fünf tägige Arbeitswoche anerkennen. Weil sie sich weigerten, am Sonnabend zu arbeiten, wurden 10000 Metallarbeiter ausgesperrt.

Polen.

Die Wirtschaftskatastrophe.

Der „Kurjer Poleski“ bezeichnet die Banknotenüberschwemmung in Polen in einem langen Finanzartikel als geradezu katastrophal. Von Oktober 1918 bis Ende 1919 sei der Umlauf von 880 Millionen auf 5 Milliarden Mark gestiegen. In der ersten Hälfte von 1920 sei die Banknotensumme auf 26 Milliarden Mark angeschwollen; jetzt beträgt sie nach der Veröffentlichung der polnischen Landes-Dahrlensliste 78 Milliarden Mark. Gleichzeitig mit dieser Inflation wachsen auch die Summen des polnischen Staatsbudgets. Neue gewaltige Ausgaben stehen bevor. — Die Belieferung der Hüttenwerke mit Eisenerz und Koks ist so unzureichend, daß sie kaum die allergeringste Aufrechterhaltung der Betriebe zuläßt. Die Ausbeutung der bedeutenden polnischen Eisenerzschichten bleibt immer noch unzureichend. — Warschauer Blätter veröffentlichen eine Zuschrift der Pabianicer Papierfabrik A.-G., des Inhalts, daß die Bioclawer Zellulosefabrik, die einzige in Polen, seit dem 14. August 1920 den Betrieb einstellen mußte, weil die Forstverwaltung in Zhywiec (Galizien) trotz entsprechenden Bemühungen der staatlichen Organe das schon lange angekaufte Zelluloseholz nicht versendet. Dadurch droht allen Papierfabriken Stillstand. — Die Beschaffung der Rohstoffe und der Baumaterialien für die Textilindustrie in Lodz verhängt gewaltige Summen. Wie die Lodzer Presse mitteilt, kostet eine Tonne Baumwolle, die in Bremen gekauft ist, bis zu 150000 polnische Mark. Die staatliche Kohlenbehörde lieferte in den letzten drei Monaten der Lodzer Industrie weniger als die Hälfte der bestellten Kohlen. — Der Warschauer Korrespondent der „Times“ weist darauf hin, daß die Lage in Polen außerordentlich kritisch ist. Die Lebensmittelversorgung Polens für den kommenden Winter ist gefährdet und die Zustände sind umso ernster, als in Industrie und Geschäftsleben die größte Verwirrung herrscht und das ganze polnische Volk demoralisiert ist. Man sieht allgemein dem Winter mit größter Sorge entgegen. — Der polnische Finanzminister Grabsti sprach auf der Brüsseler Finanzkonferenz über die Lage Polens. Er zeigte die trostlose Verfassung der polnischen Finanzen: wenig Aktien, dagegen hohe Schulden, gewaltige Ausgaben für die Industrie und die Bedürfnisse der inneren Verwaltung, wachsende Einzahlungen, steigender Notenumlauf bei sinkendem Wechselkurs und die Merkmale für die polnische Finanzlage.

Chronik der Bürgerdiktatur. (Fortsetzung.)

I. Die „Münchener Neue Zeitung“ schreibt: „Genossen! Die Reaktion rüstet. Am 22. September tagten in Plattling als Zivilisten verkleidet dreißig Offiziere aller Waffengattungen im Beisein zweier französischer Offiziere. Hierbei wurde folgendes beschlossen: Der Anmarsch erfolgt von der Grenze aus, vom Bayerischen Wald. (Passau, Pöding, Schärding, Simbach, Pfarrkirchen.) Normarsch über Straubing, Plattling, Deggendorf. Bei Ankunft in Deggendorf werden am Bahnhof Geländebefarner verteilt, im Zusammenhang damit findet „Geländebefahrung“ statt. Artilleriestellungen bei Moos. Schwierigkeiten machte lediglich der Übergang bei Plattling. Der rechte Flügel der „Armee“ geht bis zur Farmündung vor. Der linke bis Willweich. Bei Willweich soll der Truppenübergang versucht werden. Die fünf Kompagnien — Stellung Grafenmühle bis Farmündung — erhalten zu ihrer Unterstützung zwei leichte, einen mittleren Minenwerfer und eine Kompagnie M.-G. — Dementis aller Art erwarten wir.“

II. Die „Kasseler Zeitung“ schreibt in einem Artikel: Säuberung in Preußen u. a.: In der Bevölkerung im ganzen Reich liegt es, dafür zu sorgen, daß dieser preussische Skandal endlich ein Ende nimmt. Sperren sich die Krippenheiligen noch immer, ihre guten Futterstätten aufzugeben, dann muß man es ihnen auf andere Weise klarmachen, daß sie — wie einst die Reichsregierung — zu verschiwendern haben, wenn auch nicht gleich wieder nach Stuttgart. Wir denken, die Herrschaften werden uns hierin nicht mißverstehen. Jedenfalls können wir, wenn über die preussische Regierung Dinge über Nacht hereinbrechen sollten, für uns die Tatsache in Anspruch nehmen, rechtzeitig gewarnt zu haben.

III. Da die Statberatung wieder vor der Tür steht, so lohnt es, sich einmal wieder mit der Technischen Nothilfe zu beschäftigen. Ganz abgesehen davon, daß die Protektoren der Technischen Nothilfe sich im Lager der Rechtsradikalen befinden — denn der eine S. P. D.-Vertrauensmann bei der Technischen Nothilfe hat ja nicht viel zu sagen — ist die Technische Nothilfe eine arbeiterfeindliche Organisation, die vom Gelde des Arbeiters mit unterhalten wird, und daher mit allen Mitteln auf das schärfste bekämpft werden muß.

Was kostet die Technische Nothilfe den Staat? Die Technische Nothilfe ist so organisiert, daß Deutschland in rund 20 Landesbezirke eingeteilt ist. Jedem Landesbezirk steht ein Landesbezirksleiter vor, der ein monatliches Gehalt von rund 1600 Mk. erhält. Das ist eine Summe von monatlich 32.000 Mk. oder jährlich 384.000 Mk.. Hierzu kommen die Gehälter des Vorstandes und des übrigen Personals, welches mit rund zwei Millionen jährlich nicht zu hoch gegriffen ist. In diesen Summen sind noch nicht die Mieten der Büroräume usw. enthalten, welche wiederum mit zwei Millionen jährlich angelegt werden sollen. Dann kommen die Anschaffungskosten des eigenen Autoparkes des Berliner Landesbezirktes am Kurfürstendamm, welche mindestens eine Million ausmachen. Diese Summe wird um ein Bedeutendes erhöht durch die Unterhaltungskosten des Autoparkes.

Ganz enorme Summen verschlingen ferner die großen Bekleidungs- und Verpflegungsläger in Schöneberg. Rechnet man zu diesen Summen noch die außergewöhnlichen Ausgaben, so kommt man zu dem Schluß, daß der Etat der Technischen Nothilfe jährlich rund 25 Millionen ausmacht. Diese gewaltige Summe muß der Arbeiter in Form von direkten Steuern aufbringen, damit diese wunderbare Organisation im Streikfall ihm in den Rücken fällt. (Die Chronik wird fortgesetzt.)

Der Fluch der „freien Wirtschaft“.

Wie in Basel verkauften, gehen von der deutschen Kartoffelernte, bedeutende Mengen über Elßaß-Lothringen ins Ausland, namentlich nach Frankreich. Die schweizerischen Bundesbahnen bemühen sich darum, die Kartoffeln über die Schweiz zu leiten, um dadurch für die Schweiz selbst billige Kartoffeln zu erhalten. Die deutsche Reichsregierung soll von diesem Kartoffelverkauf ununterrichtet sein, aber keine Maßnahmen dagegen ergriffen haben. Die Arbeiter greifen inzwischen, wie man weiter erfährt, auch hier zur Selbsthilfe. Die Mühlhäuser Arbeiterschaft verhinderte den Transport von 1200 Zentner Kartoffeln, die von Wallstedt nach dem Ruhrgebiet verladen werden sollten. Sie ließen die Ladung nach Mühlhausen transportieren und verkauften dort, am Bahnhof den Zentner für 20 Mk.

Oberrheinischen Meldungen zufolge verweilen gegenwärtig in den horigen Kartoffelbezirken Hunderte rheinisch-westfälischer Kartoffelgroßhändler, die durch wahnwitziges Ueberbieten den Preis maßlos in die Höhe treiben.

Arbeitsdienstpflicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, beschäftigt sich das Reichswirtschaftsministerium gegenwärtig im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch mit dem Gedanken der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Man hält eine solche Arbeitsdienstpflicht nicht nur aus erzieherischen Gründen für notwendig, sondern glaube, daß man auf diesem Wege auch eher den großen Anforderungen der Urproduktion gerecht werden könne. Es brauche nicht gesagt zu werden, daß die Arbeitsdienstpflicht mit der früheren militärischen Dienstpflicht in keiner Weise in Parallele gestellt werden könne. Zu einem Gesegantwurf sei die Sache noch nicht gediehen; das Kabinett habe sich jedenfalls noch nicht mit der Frage beschäftigt. Da darf man wirklich gespannt sein, was man im Reichswirtschaftsministerium wieder ausgebrütet hat. Arbeitsdienstpflicht für die Wiederaufrichtung des Kapitalismus, mehr kann man der Arbeiterschaft nicht zumuten. Arbeits-

dienstpflicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Wie das verstanden sein soll, darauf darf man wirklich neugierig sein. Arbeitsdienstpflicht für alle Faulenzer bei mangelnden Arbeitskräften oder zur Verminderung der Arbeitslast für die mit Arbeitsmühen und Wirtschaftsforgen Reichbedachten. Das wäre zu verstehen. Wir sind gespannt, ob das Kabinett wirklich den Mut hat, die Arbeiterschaft mit zwangsarbeitsgesetzlichen Vorlagen zu beglücken.

August Winnig und seine Schüler. Der „Volkswacht“ zur Kenntnis.

I. August Winnig, der frühere Rechtssozialist und Gefinnungsgenosse Noskes, der insofern konsequenter war als dieser, als er das Bündnis mit der Konterrevolution auch auf die Teilnahme am Kopp-Putsch ausdehnte, schreibt jetzt, wie so viele abgelebte Größen, Artikel. Er veröffentlicht sie im „Firn“. Winnig hat seinen Sozialpatriotismus bis zu Ende geführt. Er brandmarkt jetzt sogar den 9. November, den die Rechtssozialisten bekanntlich nachträglich verherrlichen, weil

An unsere Abonnenten!

Vom 1. Oktober 1920 ab erscheint die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ 6 mal wöchentlich. Der Bezugspreis durch Austräger oder Kolporteur beträgt: 1,40 Mk. für die Woche, 6,00 Mk. für den Monat, 18,00 Mk. für ein Vierteljahr. Durch die Post bezogen: 5,10 Mk. für den Monat, 15,30 Mk. für ein Vierteljahr ohne Beiteilgeld. Durch die Post frei Haus: 6,10 Mk. für den Monat, 18,30 Mk. für ein Vierteljahr. Bestellungen zu diesen Preisen nehmen alle Briefträger, Postanstalten, Kolporteurs und Austrägerinnen schon jetzt entgegen. Das regelmäßige Erscheinen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ist gesichert. Alle Abonnenten, die nicht von Kolporteurs oder Zeitungsausträgerinnen bedient werden, müssen in Zukunft die Zeitung direkt beim Briefträger oder Ihrer Postanstalt bestellen. Einzelüberweisungen von der Expedition der Zeitung finden nur statt, wenn das Abonnementgeld vorher eingelandt wurde. Geschäftsstelle der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung.“ Damelang. Alfred Menzel. Hugo Riedel.

er ihnen die fetten Früenden verschafft hat. Winnig, der seinen guten Posten verloren hat, schimpft nun auch auf die Revolution vom 9. November. Ganz im Stil der äußersten monarchistischen Konterrevolution. Nationales Unglück, Schmutz, Schamlosigkeit, Verwilderung, Verbrechertum usw. usw.

Der „Rostocker Anzeiger“ vom 3. September veröffentlicht folgende niedliche Notiz:

Neustrelitz, 2. September. Auf einer Höhe bei der Domkirche hatte der deutsche nationale Jugendbund, Ortsgruppe Strelitz, zur Erinnerung an den glänzenden deutschen Sieg bei Tannenberg eine Tannenbergfeste veranstaltet, an der sich auch die studentischen Korporationen und besonders stark die Burschenschaften des dortigen Technikums, sowie Vertreter des Kriegervereins beteiligten. Die Feier wurde, während die Flammen eines mächtigen Holzstoßes mahndend zum dunklen Abendhimmel emporloderten, mit dem Liede „Ich hab mich ergeben“ eingeleitet. Dann hielt der Vorsitzende der Ortsgruppe, Obersekundaner G. L. O. S., eine kurze, von jugendlicher Begeisterung durchglühte Begrüßungsansprache. Die eigentliche Festrede hielt — und das war das Bemerkenswerteste an der Veranstaltung — der sozialdemokratische Stadtrat Lieble. Man hätte sich die Rede auch von einem Konservativen inhaltlich nicht besser wünschen können, als er ausführte, „daß die Feier Zeugnis ablegen möge davon, daß der alte preussische Geist noch nicht tot ist, daß man von ihm allein die Wiedergeburt unseres Vaterlandes erhoffen könne, daß das stolze Bewußtsein, Deutscher zu sein, recht bald wiederkehren möge und namentlich die Jugend weit deutscher als bisher erjagen werden müsse usw.“ Diese Worte entzeten denn auch reichen Beifall. Nachdem der 1. Chargierte des Kartells farbentragender Korporationen des Technikums stud. ing. Merzha, eine kurze, kernige Ansprache gehalten und die Studierenden die Lieder „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“ und „Ehre, Freiheit, Vaterland“ gesungen, schloß der allgemeine Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ in den auch Stadtrat Lieble kräftig mit einstimmte, die schlichte, erhebende Feier. Das nennt man Anpassungsvermögen! Der Sozialdemokrat neben dem Obersekundaner Glodius und dem 1. Chargierten des Kartells farbentragender Korporationen! Schule Winnig!

Kapitalistische Wirtschaft.

Die neue Feuerungswelle. Der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. September wird aus Fachkreisen geschrieben: Die Aufwärtsbewegung hat in letzter Woche besonders für Süßensrüchte, kondensierte Milch, Fettwaren in erhöhtem Maße angehalten und die Kleinhandelspreise nicht unbeeinträchtigt gelassen, wenn auch naturgemäß die Bewegung im Kleinhandel wie feinerzeit beim Preisabschlag jetzt beim Preisausschlag langsamer als im Großhandel vor sich geht. Auch in Margarine und Delen mußten die Preise heraufgesetzt werden, nachdem die deutschen Fabriken ihre Preise erhöht hatten.

Dem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für landwirtschaftliche Ernährung wurde eine Entschließung von Dr. Noske vorgelegt, in der es wörtlich heißt:

Es ist nicht zu vermeiden, daß der Zuckerpreis zur Sicherung einer vermehrten Erzeugung des Rohzuckerbaues und der Zuckerverwertung erheblich erhöht wird. Diese Entschließung wurde bei der Abstimmung mit 13 Stimmen angenommen.

Aktien-Kurse steigen — weil Deutschland kolonisiert wird.

In der Börsenbesprechung der Sonntagsnummer der „Breslauer Zeitung“ heißt es u. a.: Ein Daussemoment vor besonderer Durchschlagkraft ist ferner in dem Umstand zu erblicken, daß der ausländische Einfluß bei den deutschen Aktienunternehmungen sich wieder einmal in erhöhtem Maße geltend macht. Es sei nur hingewiesen auf das Eindringen holländischen Kapitals in die deutsche Delindustrie, auf die Vorgänge bei den Bedes-Stahlwerken und auf die ausländischen Antäufe von Aktien deutscher Gußstahlwerke, Maschinenfabriken und Elektrogesellschaften. Dieser Umstand führt immer zu neuen Wertbeeinträchtigungen am Aktienmarkt.

Aus der Partei.

Für Moskau: Berlin Distrikt 14, Mariendorf, Nieder-Schönhausen; U. S. P. Landsberg a. W., Vertreterversammlung der Ortsgruppen der U. S. P. des Münsterlandes, U. S. P. Lichterfelde, Wilmersdorf-Grünwald, Tempelhof, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Krefeld, Frankfurt a. M., Kiel, Gau Südhessen, Cassel, Groß-Dresden. Gegen Moskau: U. S. P. Braunschweig, Kreisversammlung Mainz, U. S. P. Marzahnstadt, Lauche, Burzen, Dessau, Wiesbaden, Fulda, Marburg.

Der Kongreß der Gewerkschaften von Elßaß und Lothringen nahm in seiner Schlußsitzung mit 53.000 Stimmen die vom Bureau vorgeschlagene Resolution an, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale steht. Eine sehr große Minderheit, nämlich 52.000 Stimmen, trat für den bedingungslosen Anschluß an die Moskauer Internationale ein. 4300 Teilnehmer enthielten sich der Abstimmung.

Schiedspruch in Sachen Wendelin Thomas.

Das Schiedsgericht in Sachen Wendelin Thomas ist nach eingehender Beratung und Zeugenvernehmung zu folgendem Ergebnis gelangt: 1. Es konnte nicht festgestellt werden, daß Genosse Wendelin Thomas durch seinen Umgang mit der zu einer späteren Zeit als Spigelin entlarvten Schröder-Mahnte sich kompromittiert hat. Das Schiedsgericht hat aus diesem Grunde einstimmig eine Beurteilung abgelehnt. 2. Das Schiedsgericht erkennt an, daß Genosse Thomas in anbetraht der in der Presse erhobenen Anschuldigungen in einer berechtigten Abwehr gehandelt hat, als er den Artikel in der Nummer des Augsburger „Volkswillens“ vom 21. Juli 1920 veröffentlichte. Es ist jedoch der Ansicht, daß er gegenüber dem Genossen Schneider zu weit gegangen ist und spricht deshalb mit 5 von 7 Stimmen eine Rüge aus. Augsburg, den 1. September 1920. Fleißner, Vorsitzender. R. Kämpfer. W. Schmöger. Chr. Ferkei. Dötkerl. Rich. Krusius. Dülger.

Aus der Provinz.

Achtung! Delegierte zum Bezirksparteitag!

Trotzdem einige Ortsgruppen den Termin verlegt wünschten, läßt sich nach Prüfung der Lokalverhältnisse der schon bestimmte Termin nicht ändern. Der Bezirksparteitag findet Sonntag, den 10. Oktober 1920, vormittags um 9 Uhr, in Breslau im Lokal „Deutscher Kaiser“, Friedrich-Wilhelm-Straße 35, statt. Alle Delegierten, die Nachtquartier wünschen, haben dies mindestens bis 3. Oktober bei der Bezirksleitung zu melden. Dasselbe gilt auch für alle diejenigen, die im genannten Lokal am Mittagstisch teilnehmen wollen. Die Bezirksleitung. J. A.: Dswald Scholz.

Dels.

Die am 16. September tagende Mitgliederversammlung besaßte sich eingehend mit den 21 Punkten der 3. Internationale. Die Genossen stehen nach vor auf dem Standpunkt, daß die Befreiung des gesamten Proletariats vom Joch des Kapitalismus, nur durch den revolutionären Sozialismus verwirklicht werden kann. Die Mitgliederversammlung erblickt in der 3. Internationale diejenige Organisation, die alle die Gruppen zusammenfassen will, die mit allen Mitteln den letzten Kampf durchführen wollen. Darum erklären wir uns für den Anschluß an Moskau. Doch ist vom Parteitag zu prüfen, welche Punkte den deutschen Verhältnissen entsprechend zu berücksichtigen und zu ändern sind. Darum müssen sofort neue Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale angeknüpft werden.

Achtung! Achtung!

Alle Delegierten zum Bezirksparteitag, die fest auf dem Boden des Anschlusses an die kommunistische Internationale stehen, werden geleten, sich am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Trebniger Haus, Ritterplatz 8, zu einer Besprechung einzufinden. Grusamitz. Kunil. Subinski.

Totales.

Breslau, den 28. September.

Genosse Dr. Levi (R. P. D.)

Sprach vergangener Sonnabend im überfüllten „Kronprinz“ über die kommunistische Internationale. Sein Vortrag, dessen Inhalt sehr sachlich war, packte ungemein. Er führte im wesentlichen aus:

Von uns Kommunisten ist nicht einer, der nicht anerkennt, daß in den Reihen der U. S. P. Hunderttausende revolutionärer Arbeiter stehen, die mit uns gekämpft haben, die gesiegt haben mit uns, die Blut verloren haben auch dort, wo unsere Genossen Blut verloren haben. Hunderttausend der besten Kämpfer stehen dort. Wenn wir sehen, in welchen Kämpfen sich die U. S. P. windet und winden muß, so empfinden wir dabei keine Schadenfreude. Wir haben dabei nicht einmal das Gefühl, daß es nun sozusagen einer Konträrpartei schlecht gehe und daß die Möglichkeit bestehe, für uns besondere Vorteile herauszuholen. Bei diesem großen Kampf, in dem sich die U. S. P. jetzt befindet, steht nicht auf dem Spiel, ob die kommunistische Partei 50 000 Mitglieder mehr oder weniger bekomme und nicht das Heil und die Zukunft der kommunistischen Partei, sondern das Heil und die Zukunft der deutschen Revolution. Deshalb behandeln wir die Frage mit all dem Ernst, den eine so wichtige Frage verdient. Es ist vielfach die fälschliche Ansicht vertreten worden, daß die Bedingungen der Dritten Internationale eigens für die U. S. P. gemacht worden seien. Das ist falsch. Die Bedingungen für die Aufnahme in die Dritte Internationale gelten für alle Parteien, die sich der kommunistischen Internationale anzuschließen vornehmen, gleichgültig, ob sie rechts oder links von uns stehen. Es sind die Bedingungen nur Bedingungen, die das Proletariat braucht, um sich von gewissen Führern zu befreien. Es wird weiter gesagt, die Kommunisten wollten die U. S. P. spalten. Von uns Kommunisten denkt keiner daran. Wir können nichts anderes wünschen, als daß die Massen der U. S. P. sich befreien von den Fesseln des Opportunismus, die ihnen bisher an Händen und Füßen gelegen haben. Wenn sie dazu imstande sind, werden sie der kräftigste Förderer sein für die deutsche Revolution. Diese Kämpfe werden nicht von uns diktiert, sondern von der deutschen Revolution. Um der Kämpfe willen, die uns bevorstehen, wünschen wir, daß die Massen in der U. S. P. beieinander bleiben und die Kraft finden, sich selbst zu befreien. Und was sind die Bedingungen der Internationale? Die kommunistische Internationale ist keine Aktiengesellschaft, die Bedingungen für ihre Aufnahme in den Kreis stellt. Die Be-

dingungen sind nichts als die Lehren, die die kommunistische Internationale den Zentrumsparteien und der deutschen U. S. P. im besonderen vermittelt. Es sind Bedingungen für die deutschen revolutionären Massen selbst, damit sie das leisten können, was die kommende Zeit von ihnen fordert. Noch nie in der Geschichte des Proletariats standen die Klassen so einander gegenüber, wie jetzt das Weltkapital und das Weltproletariat einander gegenüberstehen. Wieder hält das Proletariat wie im August 1914 die Wage in den Händen. Jetzt ist die Internationale kein Verein mehr, sie ist das lebendige Geschick, die Existenz, die Zukunft jedes einzelnen Proletariats. Er ist verwachsen mit allen Fasern, mit dem Geschick der kommunistischen Internationale. Daß Dittmann nach seiner Rückkehr aus Moskau in Deutschland antibolschewistische Propaganda treiben würde, war jedem Kongreßteilnehmer klar. — Das weiße Polen muß reflexlos boykottiert werden. Die Wahl der politischen Arbeiterräte zur Vorbereitung und Führung des kommenden Kampfes ist das Gebot der Stunde.

Parteigenossen!

Tretet ein für die weltliche Schule! Meldet eure Kinder vom Religionsunterricht und allen religiösen Veranstaltungen der Schule ab! Der Absatz 2 des Artikels 149 der Reichsverfassung gibt Euch die Möglichkeit dazu. Der Ortsrat steht jedem mit seinem Rat zur Seite.

Ortsrat Breslau.

Die Konterrevolution.

Kasselle des zum Leiter des Landesschulwesens ernannten Oberst Bedert (der richtige Mann für die Konterrevolution) wurde ein gewisser Oberst de la Roi (Kappist) als Führer der hiesigen Sipos jüngst eingeführt. So meldet die „Volkswacht“. Wir sind über diese Neugruppierung der Konterrevolution keineswegs erstaunt. Wie kann es denn anders sein, wenn die Konterrevolution eben die Macht besitzt! Und die „Volkswacht“ ist entrüstet — sie, die Mitschuldige am Sieg der Reaktion.

Der Breslauer Mieter-Schutzverein

hielt Sonntag drei große Protestversammlungen gegen die geplante Mietssteuer ab. Im Konzerthaus sprach Genosse R. A. Simon. Entsprechende Resolutionen wurden angenommen.

Radrennen Breslau Grünsche.

Berlinradrennen. 1. Herbst 4:28. 2. Radebusch 1/2 Mige. 3. Meier. 4. Gübner. 5. Winter. Das zur Verlosung gelangte Rad gewann ein einbeiniger Kriegsinvalide, der Angestellte der Landesversicherung Franz Prie, Breslau, auf die Losnummer 1597. Zweifacher Hauptfahren. 1. Radebusch-Ritten-Beizig 3:39. 2. Häußler-Radebusch 1/2 Mige. 3. Gottfried-Winter. 4. Schmäder Herbst. Zweifacher Borgabefahren. 1. Feja-Schädel, Borgabe 160 m in 2:22. 2. Mater-Neumann (80) 1/2 Mige. 3. Gübner-Stephan (100). 4. Schwab-Labewald (60). Prämienfahren. 1. Herbst 4:18. 2. Radebusch. 3. Labewald. 4. Gottfried. 5. Schmäder. Prämien gewonnen: Neumann 1, Rosenberger 2, Mater 1, Schubert 1, Stephan 2. Herrenradrennen. 1. Heidentreich 5:30. 2. Nidel. 3. Knappe. 4. Pohl. Kleiner Herbstpreis 25 km. 1. Chr. Müller-Win 22:7. 2. Kevanop-Berlin 450 m, 3. Appelhans 1260 m, 4. van Leewen-Holland 4400 m zurück. Großer Herbstpreis 75 km. 1. Müller-Win 70:21. 2. Kevanop-Berlin 1080 m, 3. van Leewen-Holland 2600 m, 4. Appelhans 2880 m zurück. Sämtliche Fahrer hatten unter Defekten zu leiden.

Der Betriebsrat der Zigarettenfabrik Adler-Compagnie

Mit-Gel., Dresden, teilt uns folgendes mit: Ausgehend von der Voraussetzung, daß unbedingt die Landwirtschaft, Industrie und Handel mit dem Preisabbau beginnen müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Zeit lang der Nutzen ganz minimal ist, hat sich unsere sozial geleitete Firma entschlossen, eine große, volle 20-Stück-Zigarette in guter Qualität unter dem Namen „Dicke Bohnen“ auf den Markt zu bringen. Durch die Maßnahme kann die Adler-Compagnie mit Beschäftigten, sondern konnte auch noch eine große Anzahl Arbeitslose neu aufnehmen, da die Zigarette in den weitesten Kreisen großen Absatz findet. Es werden noch viele Millionen englische und amerikanische Zigaretten in Deutschland geraucht und wäre es Pflicht eines jeden Deutschen, ausschließlich deutsche Fabrikate, die unbedingt besser und billiger sind, vorzuziehen, da dadurch der Arbeitslosenmarkt bedeutend entlastet wird.

Distrikt D hält die Distrikts-Versammlung diese Woche Donnerstag, den 30. September ab. Die anderen Wochen findet der Distriktsabend wieder Freitag, wie immer, statt. Der Distriktsführer. Stenzel.

Die Internationale
8 Uhr im Gebäude des Zirkus Busch.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Interate Fritz Uebich; Druck: Buchdruckerei Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Dienstag 7 Uhr: Fingelto.
Mittwoch 8 Uhr: Die Frau ohne Schatten.

Oper-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Chalia-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Durch die Zeitung.

Schauspielhaus.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Fiedermans.

Viktoria-Theater
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Die ledige Ehefrau.

Zeltgarten
Dir. Hans Krüsk
Ab 8 Uhr: Internationales Meistersinger-Weltfest
Vorher das große Varietè-Programm & Attraktionen.

ZEPTEKINO
Manny Parkson
Die beiden Gatten der Frau Pohl
Lu die Kokotte

Eden Theater
Nur Dienstag bis Donnerstag
2 Vorstellungen
Kapital und Arbeit
Die Idee des Dr. Pax
Ab Freitag, den 1. Oktober
Der Sprung ins Dunkle

Die Rivalin
Miss Sarah
Staatsanwalt Rüdiger

Staatsanwalt Rüdiger

Jypoli Lichtspiele
Beachten Sie das Riesenspektakel
BRAND EICHGRÜN als Detektiv FOX
Geistertanz
Sinnestäusch

Altmetalle
kauft
Lokisch, Lesnaukt 26.

Veranstaltungskalender der U.S.P.D. Ortsgruppe Breslau.
Von 28. September bis 1. Oktober 1920:
Dienstag, 7 1/2 Uhr abends
Mitteilung
in „Rotes Brevier“, Sapporischke 21.
Distriktsabende
Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends
Freitag, 7 1/2 Uhr abends
Sonnabend, 7 1/2 Uhr abends
Sonntag, 12 1/2 Uhr abends

Ober-Bayern
die Valchenseer Singvögel
Damen-Streich-Orchester
Dir. P. Schütz
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Geschlechts-
krankheiten aller Art
Dr. med. Dammann
123 E. Sprenckel, 9-11 u. 2-4, Sonnabend 10-11 Uhr.

Welchen Weg wählen wir
revolutionären Arbeiter gibt es, der nicht für die baldige Niederringung des Kapitalismus eintritt?
Jedoch sind viele Genossen noch im Unklaren über den Kampf des Sozialismus diesen Weg klar gezeigt, so daß ein jeder selbst wählen kann, ob er vorwärts, oder im Elend materiell und ideell verkommen will.
Die Bedingungen der 3. Internationale sind bekannt und müssen dazu Stellung nehmen. Mäße sich deshalb an Hand der Äußerungen von Karl Marx, Friedr. Engels, Rosa Luxemburg, Lenin und Nadel ein jeder Genosse selbst auf!!!
Rosa Luxemburg Sozialreform oder Revolution? Preis 2.20 RM.
" Massenstreik, Partei und Gewerkschaften " 1.50 "
Marx und Engels über die Diktatur des Proletariats 3.— "
Lenin Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky 2.— "
Nadel Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kom. Parteien um die Diktatur des Proletariats 3.— "
Zu beziehen (auch an Auswärtige) durch die
Bearbeitung der Schließlichen Arbeiter-Zeitung
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Achtung! Wo?
Bei H. Kluge, Rosenaukt 11, 1. Etg.

Wäsche- u. Putz-Belleidungshaus
Max Hadamek, Brandenburger Str. 9

Gebr. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus für Herren u. Knaben
zur eigene Fabrikation

Gummitwaren
H. Klose, Breslau 1, Nikolaische 7
S. Hans vom Ring.